

## 1. Vermerk

Modifizierter Antrag auf Abgrabungsgenehmigung der Fa. Sanders Tiefbau GmbH vom 15.05.2023 auf den Grundstück Gemarkung Bracht, Flur 6, Flurstücke 41, 42-44, 48, 51-59, 98 tlw., 135, 137, 145, 149, 157 tlw., 162 tlw. (18,2 ha) sowie 117 tlw., 138 tlw., 139 tlw., 154 tlw., 160 tlw., 163 tlw. (Erschließung 1,48 ha)

Aus naturschutzfachlicher Sicht nehme ich zu dem o.a. Abgrabungsantrag wie folgt Stellung:

Auf der Grundlage des noch rechtskräftigen LP 4n bestehen gegen den Antrag innerhalb des NSG 2.1.3 „Schlucht“ grundsätzliche Bedenken, da die Entnahmen der Deckschichten (Kiese und Sande) grundsätzlich nicht zulässig sind. Innerhalb des Bereichs ist ausschließlich die Entnahme von Ton denkbar, wobei die Deckschichten vor Ort wieder einzubauen sind. An der „Nichtzulässigkeit“ ändert auch die Lage innerhalb des BSAB gem. Regionalplan nichts. Nach dem Ziel 10 unter 5.3 „Rohstoffgewinnung“ soll unter Berücksichtigung der angestrebten Wiederherstellung der Abbau auf Ton, Tonstein und Lehm (ggf. inklusive Überdeckungen) beschränkt bleiben. Da –wie eben erwähnt– die Festsetzungen des NSG den Verbleib der Deckungsschichten vor Ort festsetzt, kann hiervon nicht abgewichen werden. Ggf. könnte von diesen Festsetzungen unter Beteiligung des Naturschutzbeirates eine Befreiung erteilt werden. Evtl. Abreden oder Zugeständnisse in der Vergangenheit sind m.E. nicht geeignet, den LP 4n (Satzung!) auszuhebeln.

Gleichwohl können diese Bedenken zurückgestellt werden, soweit innerhalb der nächsten Wochen – also vor Entscheidung der Abgrabungsbehörde– der neue Landschaftsplan Grenzwald-Schwalm bekanntgemacht und rechtskräftig wird. Der Landschaftsplan steht wahrscheinlich kurz vor der Genehmigung durch die Bezirksregierung Düsseldorf. Gem. der Unberührtheitsklausel des LP Grenzwald – Schwalm sind genehmigte Abgrabungen innerhalb des BSAB zulässig:

<p>1. Oberflächenveränderungsverbot Es ist verboten, Aufschüttungen, Verfüllungen, Abgrabungen, Ausschachtungen oder sonstige Veränderungen der Oberflächengestalt des Bodens vorzunehmen.</p>	<p>Unberührtheitsklausel Zulässig sind innerhalb der im Regionalplan Düsseldorf festgelegten BSAB nach dem Abgrabungs-, Bundesberg-, Bundesimmissionsschutz- oder Wasserhaushaltsgesetz genehmigte Maßnahmen der Abgrabung und Rekultivierung bis zum Abschluss der Rekultivierung.</p>
--	---

Weitergehende Ver- oder Gebote i.Z.m Abgrabungen konnten im aktuellen Entwurf nicht festgestellt werden.

Aufgrund der Betroffenheit von Wanderwegen und insbesondere auch von einem Premiumwanderweg, wird vorgeschlagen –soweit noch nicht erfolgt– den hierfür zuständigen Naturpark Maas-Schwalm-Nette im Verfahren zu beteiligen.

Die artenschutzrechtliche Prüfung (ASP) ist im Hinblick auf die Betroffenheit der planungsrelevanten Arten nachvollziehbar. Auch die festgelegten CEF (Continued Ecological Functionality) Maßnahmen sind im Grundsatz geeignet. Allerdings erscheint die Festlegung der diversen Maßnahmen in der Fläche zu unbestimmt. Es ist hier nicht nachvollziehbar, wo konkret welche Maßnahme wann durchgeführt wird. Die zeichnerischen Abgrenzungen sind zu großflächig und wechseln auch im Hinblick auf deren Lage im Raum während und nach der Rekultivierung. Teilweise sind die Zuordnungen doch sehr verwirrend (vgl. z.B. S29/30 LBP), dort werden die CEF Maßnahmen während und nach der Abgrabung mit den gleichen Flächenbezeichnungen geführt. Eine Verlagerung der CEF Maßnahmen geht aus der ASP (Art für Art Protokollen) so nicht hervor und widerspricht den Vorgaben. Auch eine Kostenermittlung für die CEF-Maßnahmen konnte nicht festgestellt werden. Insbesondere wird auch nicht ersichtlich, ob der dauerhaft zu erhaltenden Bestockungsgrad von 0,3 i.S. des Forstrechtes keine Waldumwandlung im rechtlichen Sinne darstellt. In vergleichbaren Fällen wurde das seitens des Forstamtes so gesehen. Es handelt sich hier um Flächen von 3 ha für den Gartenrotschwanz und Baumpieper. Hinsichtlich des Waldumbaus (Bestockungsgrad von 0,8 für den Waldlaubsänger) bestehen diese Probleme nicht. Es ist aber auch hier nicht nachvollziehbar, wo konkret welche Maßnahmen dauerhaft (?) vorgesehen sind. Die Stellungnahme des Forstamtes lässt darauf schließen, dass die CEF-Maßnahmen nicht zusammenpassen (vgl. Art für Art Protokoll zu Gartenrotschwanz und Baumpieper „...regelmäßige Erneuerung...“). Im Übrigen sind diese Maßnahmen mind. 1 Jahr vor Abgrabungsbeginn (= Rodungsbeginn) durchzuführen, damit die Wirksamkeit gewährleistet ist. Geheilt werden könnten diese Unklarheiten durch Vorlage eines konkreten Umsetzungsfahrplans (zeichnerisch und textlich) aus dem eindeutig hervorgeht wo, wann, was und welche Maßnahmen durchgeführt werden. Für diese und für alle anderen Arten, also auch Fledermaus- und Reptilienarten, gilt, dass die Baufeldräumung bzw. Abschnittsräumung (Beseitigung von Gehölzen) grundsätzlich und ausschließlich in den Monaten November bis Februar durchzuführen sind.

Unter 5.3 (S.12 Betriebsplan/ Bericht) –Betriebsplan und Aufbereitung- wird auf die „vorhandene Aufbereitungsanlage“ Bezug genommen. Diese soll mit fortschreitenden Abbau in die neue Abgrabung umgesetzt werden. Nach derzeitigen Stand gibt es in der aktuellen Abgrabung keine Aufbereitungsanlage. Im Übrigen wird auf die ggf. erforderliche immissionsschutzrechtliche Genehmigung verwiesen.

Hinsichtlich der geplanten neuen Zufahrt durch den rekultivierten Bereich (Flurstück 163) bestehen aus naturschutzfachlicher Sicht grundsätzliche Bedenken. Schon aus dem naturschutzrechtlichen Vermeidungsgrundsatz der Eingriffsregelung heraus, ist die vorhandene bereits bestehende Zufahrt im Osten (Flurstück 111) zu den vorhandenen Abgrabungen zu nutzen. Letztlich verschwenkt auch die geplante neue Zufahrt auf die bisherige Erschließung, die durch die drei Abgrabungsunternehmer/ Genehmigungsinhaber genutzt wird. Die ursprünglichen Abgrabungen werden durch die vorhandene Zufahrt im Osten erschlossen. Dies wurde auch in den bisherigen Abgrabungsgenehmigungen so festgelegt.

Im Hinblick auf das Landschaftsbild bzw. der landschaftsgerechten Einbindung im Rahmen der Rekultivierung sind üblicherweise Böschungsneigungen von mind. 1:3 anzustreben. Das galt/ gilt für die bisherigen Abgrabungen. Bei entsprechend dimensionierten Abgrabungsflächen ist dies bei reiner Tongewinnung ohne Deckschichten auch ohne weiteres möglich, da die Abgrabungen in dem Fall nur 8-15 m (je nach Tonschichten) tief sind. Im vorliegenden Fall liegt die Sohle der Abgrabung ca. 23m unter der angrenzenden Geländeoberfläche; die Böschungsneigung beträgt deshalb nur 1:2. Da eine fast vollständige Wiederbewaldung des abgegrabenen Bereichs –bis auf die Offenlandbereiche auf den Böschungsköpfen- vorgesehen ist, kann diese landschaftsuntypische Rekultivierungsform hingenommen werden. Letztlich wird die Reduktion der Abgrabungsgröße durch öffentliche

Erfordernisse –Erhalt der Bodendenkmäler/ Römerstraße- ausgelöst. Alternativ müsste die Tiefe der Abgrabung so reduziert werden, so dass Böschungsneigungen von 1:3 möglich wären. Dies würde natürlich eine wesentliche Reduktion der möglichen Ausbeutung mit sich bringen. Auch im Hinblick auf den neuen LP Grenzwald – Schwalm erscheint dies nicht verhältnismäßig (sh. vorne).

Rein rechnerisch wird über das angewandte Biotopwertverfahren der LANUV von 2021 eine Überkompensation dargelegt. Allerdings geht bei dieser Betrachtung der erhebliche Eingriff in das NSG, insb. im Hinblick auf die Geomorphologie, Bodenentwicklung und den natürlichen Gegebenheiten, unter. Durch Einbringung einer 2,0 m Sohlenschicht mit bindigen Bodenmaterial wird zwar die Überlebensfähigkeit des anvisierten Waldtyps erhöht; es handelt sich jedoch um keine natürliche Waldentwicklung auf unverritzten Boden. Daher ist der errechnete „Überschuss“ von 136365 Punkten ein rein hypothetischer Wert. Die Sukzessionsflächen innerhalb des Rekultivierungsbereichs sollen anscheinend dauerhaft sich selbst überlassen bleiben (vgl. Anmerkungen zu Artenschutz bzgl. widersprechender Aussagen). Die Wahrscheinlichkeit, dass sich, ohne steuernde Eingriffe wieder Kiefernwald entwickeln wird, ist doch sehr hoch. Die Bewertungen in dem Zusammenhang können nicht nachvollzogen werden. Gleiches gilt auch für die Wald- und Forstwege. Soweit diese intensiv genutzt werden, können die Werte von 4 ÖE pro qm nicht gehalten werden. Die Funktion eines Weges ist ja per se erst einmal nicht eingeschränkt. (vgl. beispielsweise Zufahrt zur Abgrabung bzw. angrenzende Wald- und Forstwege). Innerhalb des Biotopwertverfahrens besteht durchaus die Möglichkeit die Wertpunkte um bis zu 2 zu reduzieren –bis zum minimalsten Wert-. Dies wäre im vorliegenden Fall m.E. durchaus angebracht. Allerdings ergibt sich überschlägig weiterhin eine positive Bilanz, so dass die Kompensation rechnerisch nach wie vor gewährleistet ist und die Abgrabung nicht ausgeschlossen ist. Gleichwohl bitte ich um Anpassung der entsprechenden Bewertung. Für alle Biotoptypen fehlen auch eindeutige zeichnerische Zuordnungen innerhalb der Planung (Codes oder Flächennummern). Diese Unterlagen sind nachzureichen.

Hinsichtlich der zeitlichen Komponenten der Umsetzung der diversen Artenschutzmaßnahmen sollte dies mit einem konkreten Umsetzungsfahrplan mit konkreter Zuordnung der einzelnen Maßnahmen im Plan erfolgen und dargestellt werden. In der jetzigen Form sind alle CEF-Maßnahmen, aber auch die Rekultivierung, zu unbestimmt und können so nicht akzeptiert werden.

Für weitere fachliche Abstimmungsgespräche stehe ich natürlich gerne zur Verfügung.

Gez.

2.  z.K. m.d.B. um Rücksprache u.w.V